

Weiterer Anlauf für Waakhauser Wall

Neuer Betreiber will umstrittenen Schießstand bei Worpswede reaktivieren und ausbauen

Lars Fischer

Worpswede. Seit rund zwei Jahren gibt es unerbittliche Auseinandersetzungen um den Schießstand in Waakhausen bei Worpswede. Nun will ein neuer Betreiber die größtenteils stillliegende Anlage sanieren und wieder aktivieren. Zudem will er Auffangnetze installieren und einen Erdwall bauen. Später soll eine Schießhalle folgen.

Man hatte sich mit dem Schießstand arrangiert in Waakhausen, der lang gestreckten, dünn besiedelten Ortschaft im Worpsweder Westen entlang der Kreisstraße nach Osterholz-Scharmbeck. Die Anlage besteht seit 1973, wurde einst als Olympia-Stützpunkt mit großem Bahnhof eingeweiht und nicht zuletzt vom Bremer Unternehmer Ludwig Roselius großzügig gefördert. Neben Sportschützen nutzen sie vor allem Jäger aus Bremen und dem Landkreis Osterholz zur Übung und Ausbildung.

In die Schlagzeilen geriet die Anlage dann Ende 2018, als bekannt wurde, dass der damalige Betreiber einen 22 Meter hohen Wall um den Stand errichten wollte. Nachdem zuvor ein Anlieger vor Gericht wegen der Lärmemission eingeschränkte Schusszahlen und -zeiten erstritten hatte, sollten der Schall so gemindert werden und die verschossenen Bleischrote leichter einzusammeln sein. Diese Idee rief den Widerstand zahlreicher Bürger hervor. Die Pläne verschwanden schnell wieder in der Schublade, aber diese Initiative war der Startschuss zu einem zuweilen unerbittlichen Streit, der bis heute anhält und der bis tief in die Jagdverbände, Verwaltung und Politik hineinwirkt. Bald ging es nicht mehr um die Zukunftspläne, sondern um die Vergangenheit und die Frage, wie sehr das Areal am Rand der Hammeniederung bleibelastet ist und wie damit umzugehen sei. Die Geschichte von Waakhausen ist auch eine Geschichte von unsäglichen Seilschaften und Interessenskonflikten, die zudem oft im Detail verworren und für Außenstehende nur schwer nachvollziehbar sind.

Die jüngste Entwicklung wirft dazu weitere Fragen auf: Im Juli wurde bekannt, dass der Kieler Schießstand-Sachverständige Gerhard Schorner die Anlage gekauft hat. Zu dieser Zeit lief bereits eine sogenannte Gefährdungsanalyse, ein Gutachten, das die Osterholzer Kreispolitik eingefordert hat, um das ebenfalls umstrittene Ausmaß der Umweltbelastung auf dem Gelände festzustellen. Ergebnisse sollen aber erst Anfang November vorliegen. Der Schießbetrieb auf den offenen Wurfscheiben-Bahnen ruht seit 16 Monaten.

Vorkaufsrecht der Landwirte

Darüber, welche Ziele er in Waakhausen verfolge, hüllte sich Schorner mit Hinweis auf die noch nicht erfolgte Überschreibung des Grundstücks zunächst in Schweigen. Mittlerweile hat er aber doch erste Details seiner Vorstellungen offenbart. Demnach ist der Bau eines Walls, in anderer Ausführung als zuvor angedacht, wieder auf der Agenda. Bis dahin sind allerdings eine Reihe von Hürden zu nehmen. Ob der Verkauf des Geländes, das zum überwiegenden Teil aus land- und forstwirtschaftlichen Flächen besteht, überhaupt rechtmäßig ist, wird vom Grundstückverkehrsausschuss des Osterholzer Kreistags noch geprüft. Hintergrund sind die Einwände zweier Landwirte, die Vorkaufsrechte geltend machen wollen. An eben diesen ist bereits vor zwei Jahren eine Überschreibung des Grundstücks an eine mittlerweile wieder aufgelöste Betreibergesellschaft gescheitert. **Inzwischen hat sich die Lage aber geändert, weil vom Vorbesitzer Flurstücke zusammengelegt wurden – ein Vorgang, dessen Rechtmäßigkeit die Landwirte ebenfalls infrage stellen. Der Ausschuss will darüber am 22. Oktober entscheiden – unter Ausschluss der Öffentlichkeit.**

Schorner erwartet weder von dort, noch von der Gefährdungsanalyse Hürden für seine Pläne. Er geht davon aus, dass er den Stand in der Form sanieren muss, dass die Bleimunitionsreste eingesammelt werden und die Bodenvliese wieder instand gesetzt werden. Danach will er den Schießbetrieb auch auf den zurzeit ruhenden Flintenständen sukzessive wieder aufnehmen. Er verspricht aber, die genehmigten Schusszahlen auf der am meisten genutzten Bahn nur zu 50 Prozent ausschöpfen zu wollen, „mit Rücksicht auf die Anlieger“, mit denen er den Dialog suchen will.

Zwölf statt 22 Meter hoch

Mittelfristig will er die Anlage durch ein doppeltes System abschotten: **Für den Schallschutz plant er einen Erdwall, der aber nur noch zwölf Meter hoch sein soll. Aus welchem Material der bestehen soll, lässt er zurzeit noch offen. Er werde sich da an die gesetzlichen Vorgaben halten. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass weiterhin auch belastetes, so genanntes Z2-Material zum Einsatz kommen kann. Die Verwendung solchen Erdreichs, das beispielsweise beim Rückbau von Straßen anfällt, war einer der entscheidenden Gründe für den Widerstand gegen die ursprünglichen Baupläne.** Die Geschosse sollen zukünftig durch Netze, die vor dem Wall installiert werden, abgefangen werden. Diese sind nicht permanent aufgespannt, sondern werden nur bei Schießbetrieb an Masten, die im Moorboden tief verankert werden müssen, aufgezogen.

Anders als seine Vorgänger geht Schorner davon aus, den Schießstand auch unter den derzeitigen Auflagen mit reduzierten Schießzahlen wirtschaftlich betreiben zu können. Dennoch spricht er davon, dass er langfristig mit einer sogenannten Raumschießanlage den gesamten Standort absichern wolle. Damit ist eine geschlossene Halle mit Schießständen gemeint, die wesentlich unkomplizierter zu betreiben wäre, da keine Schallemissionen nach außen dringen. Neu sind auch diese Ideen nicht. Im vergangenen Jahr versuchte Gerhard Schorner ähnliche Pläne auf einem früheren Gelände der britischen Armee im Gröninger Feld bei Hameln zu verwirklichen. Dort hat sich eine Bürgerinitiative gegen sein Vorhaben formiert, und letztendlich hat der zuständige Verwaltungsausschuss die Bauleitplanung gekippt. Ob der Flächennutzungsplan in Waakhausen, der bislang nur den Büchsenstand als Sonderfläche Schießstand ausweist, einen Bau in der nötigen Größenordnung hergibt, ist offen, ebenso, ob es für ein solches Objekt mit entsprechendem Besucherverkehr in direkter Nachbarschaft zum Naturschutzgebiet Hammeniederung eine Betriebsgenehmigung geben kann.